

# Albrecht plant eine neue Giftmülldeponie

Regierung will notfalls selbst eine Verbrennungsanlage bauen / FDP: Vieles zu spät

ut. Hannover

Ministerpräsident Albrecht hat am Donnerstag vor dem Landtag eingestanden, daß das rein privatwirtschaftliche Konzept zur Beseitigung giftiger Sonderabfälle in Niedersachsen nicht fortgeführt werden kann. Albrecht sagte, das Land werde sich bei dieser Aufgabe künftig selbst engagieren. Dies gelte besonders für den Betrieb von obertägigen Deponien im Tongestein und untertägigen Lagern in Salzkavernen. Beim Bau und Betrieb von Hochtemperaturverbrennungsanlagen solle dagegen die Privatwirtschaft in die Pflicht genommen werden. Notfalls sei man aber auch bereit, selbst dafür zu sorgen, daß Niedersachsen eine Verbrennungsanlage bekomme.

Albrecht stellte in seiner Regierungserklärung die Grundzüge der künftigen Sondermüllbeseitigung vor. Die Debatte fand vor dem Hintergrund der wochenlangen Auseinandersetzungen um die Dioxinfunde in Münchehagen statt, die die Opposition zu heftiger Kritik an der Regierung veranlaßt hatte.

Albrecht sagte, mit dem neuen „Rahmenplan Sondermüll“ werde Niedersachsen eine Spitzenstellung gegenüber anderen Bundesländern bei der sicheren Lagerung und Behandlung von Giftmüll einnehmen. Der Ministerpräsident teilte mit, dem Land lägen mehrere Angebote der Industrie für den Bau von Verbrennungsanlagen vor. Über mögliche Standorte

äußerte er sich nicht. Albrecht kündigte an, daß neben der Deponieerweiterung in Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) noch eine zweite oberirdische Giftmülldeponie geschaffen wird.

Der SPD-Landesvorsitzende Johann Bruns nannte Albrechts Regierungserklärung einen Beweis für die Mängel der Vergangenheit. Er und die Sprecher der anderen Fraktionen warfen der Regierung völliges Versagen auf dem Gebiet der Giftmüllentsorgung vor. „Da stehen Sie wie ein Spatz auf dem Trümmerhaufen ihrer Politik und tirilieren, Sie seien der Größte“, sagte SPD-Fraktionschef Karl Ravens. FDP-Fraktionsvorsitzender Walter Hirche sagte, alles was Albrecht vorgetragen habe, komme viel zu spät.

## Ganz still im Ministersessel

Für einen kurzen Moment brachte Landwirtschaftsminister Gerhard Glup seinen Dienstherrn in Verlegenheit. Kaum hatte Landtagsvizepräsident Helmut Bosse das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben, das Glup wohl auch die letzten sechs Monate seiner Amtszeit auf dem Ministersessel überstehen läßt, eilte Glup schon auf Ernst Albrecht zu und streckte ihm die Hand entgegen – als habe nicht er, sondern Albrecht gerade die Angriffe der Opposition glimpflich überstanden. Albrecht brauchte einen Moment, um den überraschenden Händedruck zu interpretieren, und nahm die Geste dann so auf, wie sie gemeint war: als Dank des Ministers für seinen Chef, der gerade eine Bresche für ihn geschlagen hatte.

Unter der Regierungsbank feixten derweil einhellig Abgeordnete von Opposition und CDU-Mehrheit, die die Szene beobachtet hatten: „Ein echter Glup.“ Denn eigentlich wäre es an Albrecht gewesen, seinem Landwirtschaftsminister zur überstandenen Abstimmung zu gratulieren.

Die Szene am Schluß der Generaldebatte wirft ein Schlaglicht auf den Verlauf der gesamten zweieinhalbstündigen, harten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die Sonderabfallbeseitigung in Niedersachsen. Während SPD, Grüne und FDP insgesamt sieben Redner ins Gefecht schickten, um der Regierung umweltpolitisch die Leviten zu lesen, geriet der CDU-Part zum Kürlauf des Ministerpräsidenten, die Fraktion stellte ihm fürs Grobe gerade noch den Abgeordneten Kurt-Dieter Grill zur Seite.

Landwirtschaftsminister Glup saß auf seinem Ministersessel und war still. Über zwei Stunden lang kein Wort. Bis es zur Abstimmung über seine Entlassung kam, da sagte er mit fester Stimme „Nein“. Der schweigsame Minister – das war für die



Gerhard Glup ap

Opposition natürlich Anlaß zu hämischen Bemerkungen. So rief Georg Fruck von den Grünen: „Er darf nicht mehr reden. Schlimmer kann ein Minister nicht mehr ins politische Abseits gestellt werden.“

Und aus der CDU-Fraktion war zu diesem Zeitpunkt längst bekanntgeworden, daß Glup tatsächlich einen „Maulkorb“ umgehängt bekommen hatte, das Risiko, er könne sich warmreden und dabei einen seiner absonderlichen Vergleiche zur Beschreibung des Sondermüllproblems benutzen, schien allen zu groß. Mit Schrecken denkt man in der Fraktion noch an Glups „Kuhfladentheorie“ zurück, 1983 erstmals vorgetragen und von Glup noch vor wenigen Tagen als weiterhin zutreffend bezeichnet. Sie besagt, eine Sondermülldeponie sei wie ein Kuhfladen. Wenn man ihn austrocknen läßt, passiert nichts, aber wenn man vorher reintritt . . .

## Nationalpark-Verordnung am 1. Januar in Kraft

r. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung hält an ihrer Absicht fest, zum 1. Januar 1986 den größten Teil des niedersächsischen Wattenmeeres zum Nationalpark zu erklären. Dies betonte Landwirtschaftsminister Gerhard Glup am Donnerstag, als der Landtag sich mit einem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion und einem dazugehörigen Änderungsantrag der FDP-Fraktion befaßte. Die Anträge wurden nach kurzer Aussprache zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse gegeben.

Die CDU-Fraktion äußert in ihrem Antrag die Erwartung, daß die Landesregierung der „Reinhaltung der Nordsee eine hohe Priorität einräumt“ und mit Nachdruck auf Verhandlungen mit der DDR und der CSSR über die Verringerung der Schadstoffeinleitungen durch Elbe und Weser dringt. Zudem verlangt die CDU von der von ihr getragenen Landesregierung, daß sie für den niedersächsischen Nationalpark um internationale Unterstützung wirbt und die Unterstellung des Wattenmeeres mit Hamburg abstimmt.

Ähnlich wie die CDU-Fraktion begrüßt die FDP grundsätzlich, daß ein Nationalpark im Wattenmeer geschaffen wird. Auch die Liberalen fordern einen Abbau der Verschmutzung von Weser und Elbe. Die FDP-Fraktion regt an, einen Nationalparkbeirat zu installieren, um die Interessensvertretung der betroffenen Gruppen (Inselbewohner, Fischer, Landwirte) zu gewährleisten. Zudem treten die Liberalen dafür ein, Luftkissenfahrzeuge das Befahren der Wattflächen grundsätzlich zu verbieten. Andererseits – so fordert der FDP-Antrag – sollten den Wattenseglern „unbillige Härten“ erspart werden.